

Herrn  
Oberbürgermeister  
Dieter Reiter  
Rathaus  
80331 München

Stadtrat Johann Sauerer  
Stadträtin Dorothea Wiepcke

## **ANTRAG**

26.08.2019

### **Safer Scooter**

Die Verwaltung wird beauftragt zusammen mit den E-Scooter Betreibern ein nachhaltiges und für alle verträgliches Park- oder Abstellkonzept zu entwickeln. Ebenso soll die Verwaltung darauf hinwirken, dass an den Fahrzeugen klare, unmissverständliche Nutzerhinweise angebracht werden. Vor allem der Hinweis, dass das Fahren unter Alkoholeinfluss sich selbst und andere gefährdet und gegebenenfalls gesetzlich sanktioniert wird, soll plakativ und mehrsprachig am Fahrzeug angebracht werden.

#### **Begründung:**

E-Scooter können eine vernünftige Ergänzung im immer dichter werdenden Verkehr einer Großstadt sein. Bisher gibt es laut Angaben aus der Verwaltung ca. 3000 E-Roller in München. Leider häufen sich die Beschwerden, dass E-Scooter teilweise nach der Nutzung für andere Verkehrsteilnehmer, meist Fußgänger, hindernd abgestellt werden. Vor allem für Menschen mit Behinderung kann dies zu Unfällen führen. Dies widerspricht auch dem Grundsatz einer inklusiven Stadtentwicklung.

Laut einer Pressemitteilung gab es seit 15. Juni über 700 Trunkenheitsfahrten mit E-Scootern. Das Fahren unter Alkoholeinfluss birgt ein großes Unfallrisiko und zieht darüber hinaus strafrechtliche Konsequenzen nach sich. Darauf sollten die Benutzer eindringlich hingewiesen werden. Vor allem für Führerscheinneulinge kann dies unangenehme Folgen haben. Die Nutzer sollten zumindest auf der jeweiligen App auch darauf aufmerksam gemacht werden, dass das Fahren in Fußgängerzonen oder Parkanlagen (z.B. Englischer Garten) nicht erlaubt ist. Die Hinweise sollen mehrsprachig, aber zumindest auf Deutsch und Englisch formuliert werden, da viele E-Scooter von Touristen benutzt werden. Auch andere Großstädte, wie Berlin, melden ähnliche Probleme. Die Möglichkeiten von Regelungen sind verwaltungstechnisch, die Landeshauptstadt München betreffend, aufgrund der gesetzlichen Regelungen beschränkt. Deshalb wäre es sehr wichtig, dass die Verwaltung zusammen mit den Betreibern schnell umsetzbare Regelungen findet und diese zeitnah umsetzt. Es wäre sehr schade, wenn der durchaus vernünftige Ansatz der individuellen Elektromobilität ähnlich endet, wie 2018 der Versuch eines unreglementierten Leihradsystems.

Initiative:  
Johann Sauerer  
Stadtrat

Dorothea Wiepcke  
Stadträtin